

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
nach dem Beschlusse des Ausschusses
des Reichstages für die Provinz Sachsen
— Erscheint wöchentlich.
Sonderdruck: Leipzig Nr. 21.

Veröffentlichung des Anzeigers
nach dem Beschlusse des Ausschusses
des Reichstages für die Provinz Sachsen
— Erscheint wöchentlich.
Sonderdruck: Leipzig Nr. 21.

Verantwortlich: Carl Heide. Inhaltlich für die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 98

Mittwoch, den 27. April 1932

27. Jahrgang

Nach den Länderwahlen Was nun in Preußen?

Berlin, 25. April. Zum Ausfall der preussischen Landtagswahl wird dem Nachrichtenbureau des V.D.S. in parlamentarischen Kreisen erklärt, daß er die Berechnungen auch vorsichtiger und erfahrener Parteipolitiker völlig über den Haufen geworfen habe. Man hatte zwar mit einer Degimierung mehrerer bürgerlicher Parteien gerechnet, nicht aber mit dem völligen Ausfall oder mit der an völlige Bedeutungslosigkeit grenzenden Einschränkung bisher bedeutender Parteien. Während im alten Landtag immerhin noch acht Fraktionen vertreten waren (ohne die Nationalsozialisten, die noch keine Fraktionsstärke hatten), sind es im neuen Landtag nur noch fünf Parteien, die die Fraktionsstärke erreichen und damit allein in der Lage sind, Sitze in den Ausschüssen sowie im Kabinettsrat einzunehmen und vor allen Dingen Anträge einzubringen. Die verbliebenen fünf Fraktionen sind: Nationalsozialisten, Deutschnationale, Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten. Man hält es für sicher, daß das Kabinett Braun es vorziehen wird, seine Demission zu geben, ohne seinen Sturz im neuen Landtag, für den eine zweifelhafte Mehrheit vorhanden ist, abzuwarten. Das Kabinett Braun müßte dann gemäß der Verfassung im Amte bleiben, bis der Landtag einen neuen Ministerpräsidenten gewählt hat. Nach der vom alten Landtag in einer Sonder Sitzung noch beschlossenen Aenderung der Geschäftsordnung müßte der neue Ministerpräsident mit absoluter Mehrheit gewählt werden. Eine solche Mehrheit könnten die Nationalsozialisten nur erlangen, wenn mit ihnen die Deutschnationalen, das Zentrum und die Spaltpartereien sich vereinigten. Das gilt als höchst fraglich. Man muß daher mit dem Versuch rechnen, die Aenderung der Geschäftsordnung wieder zu beseitigen, um die Neuwahl des Ministerpräsidenten mit einfacher Mehrheit zu ermöglichen. Die Beseitigung aber kann nur beschlossen werden, wenn die Kommunisten mit dafür stimmen. Von den Kommunisten hängt es also nicht zuletzt ab, ob in Preußen eine rechtsgerichtete Regierung eingesetzt werden kann. In kommunistischen Kreisen wird dem Nachrichtenbureau erklärt, daß die SPD. erst in diesen Tagen über ihre weiteren Anträge und sonstigen parlamentarischen Schritte beschließen wolle.

In sozialdemokratischen Kreisen wird dem Nachrichtenbureau des V.D.S. gesagt, es habe angesichts der Degimierung der bürgerlichen Parteien kaum einen Sinn, etwa „hinter den Kulissen“ darüber zu verhandeln, ob und wie dem Kabinett Braun eine Mehrheit erhalten werden könne. Diese Mehrheit sei eben einfach nicht mehr vorhanden. Daß die Sozialdemokraten in Preußen ein Kabinett tolerieren könnten, in dem Nationalsozialisten und Deutschnationalen sitzen, oder auch nur die letzteren, wird als ausgeschlossen zurückgewiesen. Man weist darauf hin, daß der Teil der ehemaligen Deutschnationalen, der im Reichskabinett Brünning vertreten ist, bei der preussischen Landtagswahl völlig ausfiel, und daß eine Tolerierung der Hugenberg-Richtung durch die SPD. nicht in Frage komme. Der Schwerpunkt einer legalen Mehrheitsbildung liege daher beim Zentrum. Man glaubt in sozialdemokratischen Kreisen, daß die Konsequenz der Wahl bei einem endgültigen Sturz des Kabinetts Braun eine Regierung der Nationalsozialisten und Deutschnationalen sei, die dann allerdings mit schärfster Opposition der Linksparteien rechnen müsse.

In nationalsozialistischen Kreisen wird dem Nachrichtenbureau entgegen Versehen erklärt, daß eine offizielle Stellungnahme der NSDAP. noch nicht erfolgen könne. Der preussische Führer der Partei, Abgeordneter Rube, habe sich noch Wünschen geäußert, um von Adolf Hitler Direktiven entgegenzunehmen. Es stehe bisher auch noch nicht fest, welche von den gewählten Nationalsozialisten in den Landtag eingeleitet würden. Es sei hierbei ein Verstum ausgeklärt. Es ist verschiedentlich, so von Plessen-Rassau und Ostpreußen, berichtet worden, daß dort die gesamte Volkswahl der NSDAP. gewählt sei. Dies trifft nicht zu. Es besteht also auch dort noch Auswahlmöglichkeit.

Von unterrichteter Stelle der Zentrumsparlei wird unter Hinweis auf den Aufruf dieser Partei gesagt, daß das Zentrum sich als den Garanten einer verfassungsmäßigen Ordnung in Preußen betrachte. Darüber hinaus wird erklärt, das Zentrum könne abwarten, ob die Nationalsozialisten ihre Bereitwilligkeit offiziell erklärten, mit an der Erhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung in Preußen zu arbeiten.

Mit der Frage der Auflösung des alten Landtags habe sich das Zentrum als Partei nicht beschäftigt. Es werde Sache des Kabinetts sein, über den entsprechenden deutsch-

nationalen Antrag zu entscheiden. Wenn nicht die Auflösung des alten Landtags beschlossen wird, was sowohl durch das Dreimännerkollegium Ministerpräsident, Staatsrat und Landtagspräsident wie durch das Landtagsplenum geschehen könnte, dann müßte der neue Landtag etwa am 18. Juni zusammentreten. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen nicht, daß eine frühere Einberufung schon aus technischen Gründen möglich wäre. Die neugewählten Abgeordneten haben vom 8. Tage nach der Feststellung ihrer Wahl an das Recht auf Ausschreibung einer Freifahrtkarte. Da der alte Landtag erst am 20. Mai offiziell endet, werden eine Zeit lang die sehr verschiedenen Mitglieder zweier Landtage gleichzeitig im Besitz der Freifahrtkarte sein, während allerdings Vätern an die neuen Landtagsabgeordneten erst vom Zusammentritt des neuen Parlaments ab gezahlt werden.

Im Landtagsgebäude wird gegenwärtig auch die erforderliche äußere Umänderung vollzogen. Diejenigen Parteien, die keine Fraktionsstärke besitzen, müssen ihre Beratungskammern hergeben und haben nur noch Anspruch auf Arbeitsplätze. Kompliziert wird die Befestigung des Präsidiums im neuen Hause sein, denn nach parlamentarischem Brauch müßten die Nationalsozialisten den Präsidenten, das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Kommunisten je einen Vizepräsidenten stellen, ein Präsidium, das kaum arbeitsfähig sein dürfte.

Preußen nach dem Wahlausfall

Die heutige Kabinettsstimmung

Berlin, 25. April. Wie wir erfahren, werden in der morgigen Sitzung des preussischen Staatsministeriums sich die preussischen Minister über das Ergebnis der gestrigen Wahl äußern. Man glaubt in unerrichteten Kreisen aber nicht, daß bereits jetzt irgendeine Entscheidung zu erwarten ist, die die Situation klären könnte. So wird auch nicht angenommen, daß dem deutschnationalen Antrag auf sofortige Auflösung des alten Landtages Rechnung getragen wird, dessen Zeit bekanntlich erst am 20. Mai abläuft. Das würde bedeuten, daß der neue Landtag in der Tat erst um den 20. Juni zusammentritt. Da die Rücktrittserklärung des Ministerpräsidenten Braun erst nach der Wahl des neuen Landtagspräsidenten erwartet wird, wird sich inzwischen nach allgemeiner Auffassung auch an den Regierungsverhältnissen nichts ändern. Auf die Frage nach der späteren Zukunft wird in sozialdemokratischen Kreisen erklärt, daß zunächst das Zentrum das Wort habe. Es werde sich entscheiden müssen, wie es sich nach dem gestrigen Wahlergebnis einstellen wolle. Über auch hier ist nach allgemeinem Eindruck eine Aenderung oder auch nur Klärung der Situation vorab nicht zu erwarten.

Das Echo der Wahlen in der Berliner Presse

Berlin, 25. April. Von den Blättern, die der bisherigen preussischen Regierungskoalition nahesteht, wird in den Kommentaren zu den Wahlen besonders unterstrichen, daß eine klare Rechtsmehrheit nicht zustande gekommen sei. Der „Abend“ sagt, das Volk habe der gesamten Rechten und ist recht den Nationalsozialisten die Vollmacht zur Regierungsübernahme verweigert. An den kommenden Regierungsverhandlungen werde sich die Sozialdemokratie in keiner Weise beteiligen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt, die Eroberung Preußens sei gescheitert. Es gebe keine Sieger. Die einzige Regierungsmöglichkeit sei eine Verbindung von Zentrum und Nationalsozialisten, aber es sei ausgeschlossen, daß diese beiden Parteien jemals zusammenkämen.

Die „Germania“ bringt als vierseitige Ueberschrift: „Nicht ohne Zentrum!“ Die Wahl habe nur im negativen Sinne eine klare Entscheidung gebracht. Die Ausschaltung des Zentrums sei nicht gelungen. Es sei auch im neuen Landtag ein Machtfaktor, der in alle politischen Berechnungen als wichtigste Größe eingerechnet werden müsse. Die gestrige Entscheidung habe ihm eine erhöhte Verantwortung und eine in ihrer Bedeutung gesteigerte Funktion zugewiesen.

Der „Börsecourier“ fordert, daß trotz Fehlens einer klaren Rechtsmehrheit in diesem Augenblick endlich der Versuch unternommen werde, die Nationalsozialisten, gegen deren gewaltigen Druck zu regieren den ganzen Staatsapparat auf die Dauer zum Stillstand bringen würde, dazu zu bringen, positive Regierungsarbeit zu leisten.

Die „D. N. S.“ meint, jetzt müsse eine kluge Staatsführung unter vorbehaltlicher Einschaltung möglicher Gefährten den Weg den neuen Kräften freilassen, sie in die Verantwortung einzulassen und sich noch einmal die uralte Weisheit bewähren lassen, daß die

Kabinett Braun vor dem Rücktritt

Der Preussische Landtag zum 24. Mai einberufen

Berlin, 26. April. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, den neuen Landtag zum 24. Mai einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzutellen. (Nach Redaktionschluss eingegangen)

Öffentlichen Angelegenheiten aus der Perspektive der Opposition anders ausfallen als aus Ministerkreisen und Regierungskreisen. Wir sehen das Risiko durchaus, das in einer solchen Politik liegt. Es ist aber unendlich viel kleiner als die weitere Fernhaltung der Rechten von der verantwortlichen Arbeit.

Der „Totalanzeiger“ sieht das entscheidende Ziel des Kampfes, die Zerstückelung der bisherigen Koalition, erreicht. Leider tritt an die Stelle des schwarz-roten Systems nicht einfach eine absolute Mehrheit der Rechten. Die Deutschnationalen hätten mit den Verlusten gerechnet. Trotzdem gehen sie aus dem Wahlkampf als die einzige ernsthaft zu nehmende Partei des nationalen Bürgerturns hervor.

Der „Tag“ spricht von „Protestwahlen“, bei denen der am stärksten gewonnen habe, auf dem der stärkste Druck gelegen habe. Die „Kreuzzeitung“ nennt das Wahlergebnis geradezu eine Revolutionierung des Parteiwesens.

Der „Angriff“ spricht von einem „gewaltigen Sieg der NSDAP.“, der sich politisch in noch gar nicht absehbarer Weise auswirken werde. Ueber die Möglichkeit einer künftigen Regierungsbildung in Preußen sollten keine Kombinationen angestellt werden, solange nicht der Führer der Partei, die heute stärker sei als SPD. und Zentrum zusammengenommen, eine Paraphrase erteilt habe.

Die N. D. A. verlangt Rücktritt der preussischen Regierung

München, 25. April. Die Nationalsozialistische Parteiliteratur beschäftigt sich mit den politischen Auswirkungen der Wahl und schreibt u. a., das Volk habe seinen Urteilsspruch gefällt und die NSDAP. beauftragt diesen Spruch zu vollziehen. Daß die NSDAP. bereit sei, dem Willen des Volkes entsprechend die Regierungsverantwortung überall und in allen Ländern zu übernehmen, in denen die bisherigen Regierungen in die Minderheit verlegt worden sind, das gelte insbesondere auch für Preußen. Wenn man von den Nationalsozialisten die Klärung vor den Befehlen der Demokratie verlange, dann sei es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß die Regierung einer nationalsozialistisch geführten Regierung das Feld räume. Die NSDAP. werde sich mit der Aenderung der Geschäftsordnung des preussischen Landtages nicht abfinden. Sie werde nicht dulden, daß der erklärte Volkswille verweigert werde. Sie sei stark genug, um ihren Gegnern in den Parlamenten und öffentlichen Körperschaften das Leben sauer zu machen. Man möge uns, so heißt es in der Erklärung, nicht mit salbungsvollen Ruhe- und Ordnungsbefehlen oder gehäufelten moralischen Ermahnungen kommen. Wir sind als Träger des Volkswillens bereit, ein sauberes Staatswesen in einem sauberen Preußen aufzubauen und werden niemand zurückstoßen, der sich uns zur Mitarbeit zur Verfügung stellt.

Die „Germania“ zu den Kombinationen um die Regierungsbildung

Berlin, 25. April. Der morgige Beilagsartikel der „Germania“ bringt in seinen Auseinandersetzungen mit mehreren Blättern der Rechten einige grundsätzliche Bemerkungen, die für eine Beurteilung der durch den Wahlausgang geschaffenen Lage beachtenswert sind. Das Blatt macht zunächst der nationalsozialistischen Presse den Vorwurf, daß sie sich über die nächsten Sorgen, die jeder neue Wachstumswachst mit sich bringt, allzu einfach mit einem „Siegesrausch“ hinwegsetze, der noch dazu diesmal sehr unangebracht sei, da in den meisten Wahlkreisen gegenüber den Resultaten des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl von einem Siege keine Rede mehr sein könne. — Zu den Ausführungen der „Nachausgabe“, die die Verantwortung des Zentrums bei der Regierungsbildung in den Vordergrund ihrer Betrachtung rückt, erklärt die „Germania“: Was das Zentrum tun wird, darüber sollte niemand im Zweifel sein: Dem Staate dienen und die Verfassungsgrundlagen schützen! Darüber die deutsche Öffentlichkeit aber nicht im Klaren ist, das ist die Frage, wie sich die Nationalsozialisten die nutzbringende Anwendung der von ihnen eroberten Macht denken. — Wenn die „Nach-